

Ausschuss·beratungen am 10. April 2024 in einfacher Sprache

Am Ende vom Bericht gibt es ein Wörterbuch.
Alle unterstrichenen Wörter werden im Wörterbuch erklärt.

Am Mittwoch, 10. April 2024 ab 9:00 Uhr,
gibt es wieder Ausschuss·beratungen.
Die Sitzungen vom Salzburger Landtag können [live](#) angeschaut werden.
Die Sitzung beginnt um 9:00 Uhr.

TOP 1 (9:00 Uhr):

Dienstrecht für Magistrats·bedienstete

Die Vorlage der Landes·regierung wird am Mittwoch
im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert.

Das Dienstrecht für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der Stadt Salzburg wird geändert.
Die Stadt Salzburg hat Vorschläge gemacht.
Das Dienstrecht soll besser werden.
Es wird an den Landes·dienst angepasst.

Es geht zum Beispiel:
um das Gehalt,
um Fristen,
um Telearbeit,
um Karenz·urlaub,
um Zulagen für Elementar·pädagog:innen.

TOP 2 (9:30 Uhr):

Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes 2023 und Nachfrage·verfahren

Der Bericht des Rechnungshofes wird am Mittwoch
im [Finanz·überwachungsausschuss](#) diskutiert.

Der Rechnungshof berichtet,
was er im Jahr 2023 alles geprüft hat.
Er hat zum Beispiel den Nationalpark Hohe Tauern geprüft.
Er hat Prüfungen gemacht zu Themen,
die mit der Energiewende zusammenhängen.
Oder mit dem Klimaschutz.

Er hat die Organisation von Behörden geprüft,
zum Beispiel: Bildungs·direktionen.
Er hat noch viele Prüfungen
wegen der COVID–19–Pandemie gemacht.

Im Nachfrage·verfahren hat sich der Rechnungshof
mit der Beschaffung von [Arznei·mitteln](#) beschäftigt
und mit der Wohnrechtlichen Schlichtungsstelle.

Eine Schlichtungs·stelle beschäftigt sich mit Streitfragen.
Bei einer Schlichtungs·stelle wird vermittelt.
Sie versucht,
dass ein Ausgleich gefunden wird.
Die Streitigkeiten werden ohne Gericht behandelt.

TOP 3 (10:30 Uhr):

Barrierefreiheit bei der Website vom Land Salzburg

Der Bericht des Landes·rechnungshofes wird am Mittwoch
im [Finanz·überwachungs·ausschuss](#) diskutiert.

Der Landes rechnungshof hat das Land Salzburg überprüft.
Er hat überprüft,
ob die Website vom Land Salzburg barrierefrei ist.

Der [Bericht ist in einfacher Sprache geschrieben](#).

Das ist die Zusammenfassung in leichter Sprache aus dem Bericht:

„Viele öffentliche Stellen haben Websites und Apps.
Zu den öffentlichen Stellen gehören zum Beispiel Behörden.
Ihre Websites und Apps müssen barrierefrei sein.
So steht es in Salzburg im Gesetz.

Barrierefrei heißt hier:
Alle Menschen können die Website gut nutzen.

Es gibt keine Hindernisse.

Man findet sich gut zurecht und versteht die Website gut.

Das ist zum Beispiel für Menschen mit Behinderung wichtig.

Oder für Menschen,

die sich im Internet nicht gut auskennen.

Aber Barrierefreiheit hilft allen Menschen.

Das Land Salzburg ist auch eine öffentliche Stelle.

Deshalb müssen die Website
und die Apps barrierefrei sein.

Der Landes-Rechnungs-Hof hat das überprüft.

Im Jahr 2020 hat ein Unternehmen überprüft,
ob die Website vom Land Salzburg barrierefrei ist.
Das Unternehmen hat viele Fehler gefunden.

Der Landes-Rechnungs-Hof hat 2023
die gleichen Teile der Website überprüft.

Viele Fehler waren noch immer da.

Die Website war also für viele Menschen nicht barrierefrei.

Das galt auch für die Apps vom Land Salzburg.

Der Landes-Rechnungs-Hof fordert:

Das Land Salzburg muss besser überprüfen,
ob die Website und Apps barrierefrei sind.

Es muss Fehler schnell lösen.“

TOP 4 und TOP 5 (11:30 Uhr):

Keine Freigabe von Cannabis

Der Anträge von ÖVP und FPÖ werden am Mittwoch gemeinsam
im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) und
im [Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheitsausschuss](#) diskutiert.

Es geht um Drogenpolitik.

Es geht um Cannabis als Rauschmittel.

Cannabis ist eine Pflanze.

Teile von der Pflanze können als Rauschmittel verwendet werden.

Fachleute sagen:

Cannabis ist gefährlich.

Es ist ungesund.
Cannabis kann zu psychischen Problemen führen.
Man kann von Cannabis abhängig werden.

In der EU ist Cannabis als Rausch-mittel
meistens NICHT erlaubt.

Die Regierung in Deutschland hat
für die Freigabe von Cannabis gestimmt.
Der Besitz und Anbau von Cannabis
sind in Deutschland legal.
Es gibt genaue Regeln dafür.
Diese Regeln gelten ab 1. April.

ÖVP und FPÖ fordern:
Cannabis als Rausch-mittel soll in Österreich verboten bleiben.
Es soll nicht freigegeben werden.

Die FPÖ fordert außerdem:
Die Drogen-politik in der EU soll streng bleiben.
Die Freigabe von Rausch-mitteln soll NICHT gelockert werden.
Es soll mehr Kontrollen geben.
Zum Beispiel
bei Fahrzeugen und Personen,
die aus Deutschland kommen.

TOP 6 (14:00 Uhr): Erleichterungen beim Erwerb einer Immobilie

Der Antrag der FPÖ wird am Mittwoch
im [Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grund-verkehr](#) diskutiert.

Immobilien sind zum Beispiel
Wohnungen oder Häuser.
Viele Menschen nehmen einen Kredit auf,
wenn sie eine Wohnung oder ein Haus kaufen wollen.

Die Käufer:innen haben hohe Kosten.
Sie müssen auch Gebühren und Steuern zahlen.
Zum Beispiel:
Grunderwerbs-steuer oder Eintragungs-gebühren.

Die FPÖ schlägt vor:

Wohnungs-eigentum ist wichtig.

Junge Menschen sollen leichter eine Wohnung kaufen können.

Sie sollen Erleichterungen bei den Kosten bekommen.

Zum Beispiel:

Die Grunderwerbs-steuer oder Eintragungs-gebühren

sollen wegfallen für die erste Wohnung.

TOP 7 (14:30 Uhr):

Einrichtungen für [straf-fällige](#) Kinder und Jugendliche

Der Antrag der SPÖ wird am Mittwoch

im [Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheits-ausschuss](#) diskutiert.

Es geht um Kinder und Jugendliche,

die etwas gegen das Gesetz machen.

Sie machen eine Straf-tat.

In Salzburg gibt es ungefähr 50 [straf-fällige](#) Jugendliche.

Fachleute sagen:

Kinder und Jugendliche sollen für eine Straf-tat

NICHT ins Gefängnis.

Die Jugendlichen sollen in eine andere Einrichtung kommen.

In Salzburg gibt es wenig Unterbringungs-möglichkeiten

für die straf-fälligen Jugendlichen.

Die SPÖ fordert:

Es ist eine neue Form von Einrichtungen notwendig.

In der Einrichtung sollen straf-fällige Kinder und Jugendliche

betreut werden.

Die Landes-regierung soll prüfen,

welche Einrichtung geplant werden kann.

TOP 8 (15:30 Uhr)

[Barrierefreie](#) Anträge und Formulare

Der Antrag der KPÖ PLUS wird am Mittwoch

im [Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grund-verkehr](#) diskutiert.

Auf der Homepage vom Land Salzburg gibt es Texte in einfacher Sprache.

Für viele Menschen können Texte in einfacher Sprache besser verstehen. Die Texte haben keine schweren Wörter. Schwere Wörter werden erklärt.

Die KPÖ PLUS fordert:

Anträge und Formulare sollen barrierefrei sein.

Auf der Homepage vom Land Salzburg soll es Formulare und Anträge in einfacher Sprache geben.

Zum Beispiel

den Antrag zur Wohn-beihilfe.

Oder: für Unterstützungen bei Schul-veranstaltungen.

TOP 9 (16:00 Uhr)

Lohn statt Taschengeld

Der Antrag der GRÜNEN wird am Mittwoch im [Verfassungs- und Verwaltungsausschuss](#) diskutiert.

Lohn statt Taschengeld bedeutet:

Menschen mit Behinderung bekommen für ihre Arbeit einen Lohn statt Taschen-geld.

Menschen mit Behinderungen in Werkstätten bekommen meistens nur ein Taschen-geld.

Arbeiten für Taschen-geld bringt

Menschen mit Behinderungen viele Nachteile.

Zum Beispiel:

Sie bekommen KEINE Fortbildung.

Sie sind NICHT sozialversichert.

Sie können weniger gut am Leben teilnehmen.

Die Bundes-regierung unterstützt Projekte für Lohn statt Taschengeld.

Für die Projekte ist auch Geld von den Ländern notwendig.

Das Ziel ist:

Alle Menschen in den Werkstätten sollen

Lohn statt Taschengeld bekommen.

Die GRÜNEN fordern:

Die Projekte sollen schnell verwirklicht werden.

Zum Beispiel:

Projekte für Inklusion von Menschen mit Behinderungen
am Arbeitsmarkt.

Es soll außerdem Gespräche geben.

Zum Beispiel mit Selbstvertreter:innen
und mit dem AMS und mit-Organisationen.

Wörterbuch:

Immobilien:

Immobilien sind zum Beispiel
Grundstücke, Wohnungen oder Häuser.

straf·fällig:

Jemand macht etwas gegen das Gesetz.
Dafür bekommt die Person eine Strafe.
Zum Beispiel eine Gefängis·strafe.

Wörter, die in jeder Ausschuss·sitzung vorkommen:

Landtags·abgeordnete:

Der Salzburger Landtag besteht aus
36 gewählten Politikerinnen und Politikern.
Diese Politiker und Politikerinnen heißen Landtags·abgeordnete.
Die Abgeordneten stimmen über neue Gesetze ab.

Landtags·klubs:

Das sind die Parteien, die im Landtag sind.

Landes·regierung:

Der Landtag wählt die Landes·regierung.
Die Landes·regierung besteht aus 7 Personen.
Jede Person in der Regierung ist für eine bestimmte Sache zuständig.

Rechnungshof, Landes-rechnungshof:

Der Rechnungshof und der Landes-rechnungshof überprüfen Einrichtungen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter prüfen, ob in den Einrichtungen gut gearbeitet wird.

Zum Beispiel:

Sind die Einnahmen und Ausgaben richtig aufgeschrieben worden?

Nach der Prüfung gibt es einen Bericht mit Empfehlungen.

TOP:

TOP ist die Abkürzung für Tagesordnungs-punkt.

Tagesordnungs-punkt:

Jede Sitzung ist in Tagesordnungs-punkt eingeteilt.

Jeder Tagesordnungs-punkt bekommt ein eigenes Thema.

Dieses Thema wird dann in dem jeweiligen Tagesordnungs-punkt diskutiert.

Die Parteien:

FPÖ:

FPÖ ist die Abkürzung für Freiheitliche Partei Österreichs.

GRÜNE:

Die Grünen

KPÖ PLUS:

KPÖ ist die Abkürzung für Kommunistische Partei Österreichs.

Plus heißt mehr.

ÖVP:

ÖVP ist die Abkürzung für Österreichische Volkspartei.

SPÖ:

SPÖ ist die Abkürzung für Sozialdemokratische Partei Österreichs.

Die Ausschüsse:

Ausschuss für Europa, Integration und Regionale Außenpolitik:

Hier geht es um Themen,
die mit der Zusammenarbeit von Österreich
und anderen Ländern in der EU zu tun haben.

Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität

Hier geht es um Planungen und den technischen Ausbau.
Zum Beispiel:
Planungen für den Öffentlichen Verkehr
oder für neue Straßen
oder für das Internet.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz:

Hier geht es um Dinge,
die Einfluss auf unsere Umwelt haben.

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen:

Hier wird über Wirtschaft, Energie oder Dinge,
die man zum Leben braucht gesprochen,
zum Beispiel das Wasser oder die Luft.

Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr:

Hier geht es um das Wohnen und das Planen.
Es geht um Fragen,
wo etwas gebaut werden darf und wo nicht.

Bildungs-, Sport- und Kultur-ausschuss:

Hier werden Themen besprochen,
die mit Bildung, Schule, Sport oder Kultur zu tun haben.

Finanz-ausschuss:

Hier entscheiden die Abgeordneten,
wofür das Land Salzburg Geld ausgeben soll.

Finanz-überwachungs-ausschuss:

Hier wird überprüft,
ob das Geld vom Land sorgsam und richtig ausgegeben wird.

Unvereinbarkeits-, Immunitäts- und Disziplinar-ausschuss

Es geht um Meldungen,
die die Abgeordneten nach dem Gesetz abgeben müssen.
Es soll alles transparent sein.
Das bedeutet: Es soll alles nachvollziehbar sein.

Im Immunitäts-ausschuss geht es
um das Ersuchen von Behörden.
Zum Beispiel von der Bundes-polizeidirektion.
Zum Beispiel um Zustimmung zu einer behördlichen Verfolgung
von Abgeordneten.

Petitions-ausschuss:

Hier werden Wünsche der Bevölkerung besprochen.

Sozial-, Gesellschafts- und Gesundheits-ausschuss:

Hier wird über soziale Themen und Gesundheits-themen gesprochen.

Verfassungs- und Verwaltungs-ausschuss:

Hier werden Gesetze beschlossen.

Redaktion:

Dr. Evelyn Feichtner-Tiefenbacher (Text) und Dr. Richard Voithofer, Salzburger Landtag – Landtagsdirektion, Wissenschaftlicher Dienst.

Evelyn Feichtner-Tiefenbacher ist Germanistin und von [capito Graz](#) als Fachkraft für Leichte Sprache und Barrierefreiheit zertifiziert.

[Informationen zu Leichter Sprache finden Sie auf der Homepage der Universität Hildesheim](#)

Weitere Informationen über den [Salzburger Landtag in Leichter Sprache](#)